

Haushaltsrede 2010

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

Doppelhaushalt 2010/2011 – nun haben wir ihn seit einigen Wochen studieren können. Ich sage: Allzu wohlfeile Wahlversprechen sind krachend auf den Boden der dramatischen Haushaltszahlen aufgeschlagen.

Nur einige unserer Ratskolleginnen und –kollegen scheinen es noch nicht gemerkt zu haben – der Knall ist nicht hart genug. Anders kann man die vorliegenden Anträge nicht interpretieren.

Nichts gelernt aus Wahlkampf und kommunalpolitischem Tagesgeschäft. Politische Taktik und Ausrichtung auf populistisches Tagesgeschäft löst keine Probleme. Bewegung in der Politik kann man auch vortäuschen, indem man stärker als sonst auf der Stelle tritt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Wir stecken in einer Vergeblichkeitsfalle, d.h. die Aufwendungen, die wir nicht beeinflussen können, steigen und steigen, die Erträge brechen weg und Stellschrauben gibt es nur wenige.

Unsere wichtigste Steuer, die **Gewerbesteuer**, ist wie immer starken Schwankungen unterworfen. Die Finanzkrise trifft die Städte spät – dafür mit Wucht. Wie keine andere Steuer schwankt die Gewerbesteuer je nach aktuellem Wohl oder Wehe der Unternehmen. Bundesweit ist die **Gewerbesteuer** 2009 in nie dagewesenem Maße weggebrochen. Auch das ist diesem Haushalt abzulesen – die durchaus positiven Zahlen für die Doppelhaushaltsjahre sind vor diesem Hintergrund mit Vorsicht zu genießen – spiegeln sie doch die Annahmen im Landesdurchschnitt wider.

Es muss aber deutlich sein, dass die Gewerbesteuer nicht weiter ausgehöhlt und zur Disposition gestellt werden darf, wie dieses im Koalitionsvertrag der Berliner Koalition steht – vielmehr muss durch sinnvolle Maßnahmen sichergestellt werden, dass die Gewerbesteuer verlässlich für eine solide Finanzierung der Städte und Gemeinden sorgt.

Das bedeutet aber auch, Verantwortung der Kommunalpolitik für eine sinnvolle Neuausweisung von Gewerbegebieten zu sorgen – dieser Aufgabe müssen wir uns dringend mit der Aufstellung des neuen Flächennutzungsplans stellen.

Die zweite Haupteinnahmequelle ist der städtische Anteil an der **Einkommenssteuer**. Auch deren Anteil sinkt, weil so viele Beschäftigte in Kurzarbeit sind oder trotz Vollzeitjob weniger verdienen.

Für Bergkamen ist aber durchaus ein klitzekleiner Lichtblick zu erkennen. Die positive Entwicklung der Schlüsselzahl für die Berechnung des Bergkamener Anteils an der Einkommenssteuer, die äußerst kompliziert berechnet ist, zeigt, dass es in unserer Stadt durchaus gelungen ist, Bevölkerungsstrukturen zu verändern und die Entwicklung dieser Steuer positiv zu beeinflussen.

Die politische Zielrichtung der SPD, Wohneigentum für möglichst viele Bevölkerungsgruppen möglich zu machen, durch Grundstücksangebote in vielen Preissegmenten greift langsam aber kontinuierlich seit 2003.

Die Schlüsselzuweisungen, die sich an der Gewerbesteuer orientieren, brechen weg, weil der zu verteilende Kuchen immer kleiner wird, wie es der Kämmerer immer ausdrückt. Viele Kommunen in NRW sind einfach „pleite“.

Einher geht das Szenario mit einer Explosion der Aufwendungen. Die Zahl derer, die Hilfe brauchen, wächst: Grundsicherung, Wohngeld, Hartz IV, Eingliederungshilfen für behinderte Menschen sowie Hilfe zur Pflege. Wir begleiten diese stetig wachsenden uns per Zeigefinger (Du zahlst) aufgebürdeten Kosten in unserer täglichen Ausschussarbeit – hier mal wieder ne Mio drauf, da mal wieder ne Mio: Aber so viele Kugeln wir auch immer in die Trommel werfen – in die Ziehung kommen wir irgendwie nicht mehr.

Bund und Land ballern unsere Städte zu mit immer neuen teuren Leistungen. Die stetig wachsenden Kosten der kommunalen Sozialausgaben ist eine der wesentlichen Ursachen für die katastrophale Haushaltslage vieler Kommunen.

Die Regelung zu den Unterkunftskosten im SGB II zu Lasten der Kommunen ist eine besonders drastische Verletzung des Konnexitätsprinzips.

„Wer die Musik bestellt und bestimmt, was gespielt wird, der hat auch zu zahlen“ hat sogar unser aktueller Regierungspräsident kürzlich gesagt. Das Land handelt an vielen Stellen anders.

Das Kinderbildungsgesetz kostet den Steuerzahlern unserer Stadt auch 2010 eine Mio Euro - trotz hoher Elternbeiträge und gestiegener Trägeranteile.

Ab 2013 muss die Stadt jedem Bürger unter drei Jahren einen Krippenplatz zur Verfügung stellen, was Zusatzkosten in Millionenhöhe verursachen wird – schlimm, wenn nach dem Spielerprinzip „Ober sticht Unter“ gehandelt wird.

Wir sagen schon jetzt, wenn die schwarz-gelbe Landesregierung bleibt, wird es „zappenduster“ wie man im Ruhrgebiet sagt – Bergkamen kann neue Kosten für die Kindertagesstätten nicht mehr auffangen.

Weil das so ist, hat es die CDU/FDP Landesregierung geschafft, strukturell benachteiligte Städte enorm zu belasten, d.h. es verschieben sich Gewichte und unsere kommunale Gemeinde polarisiert sich – wie unsere Gesellschaft auch. Die Reichen werden reicher und die Armen werden immer ärmer.

Unsere Gesellschaft gerät aus den Fugen, wenn es Bund und Land nicht gelingt, für **gleichwertige** Lebensverhältnisse in unseren Städten zu sorgen. Gute Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen – aber auch nicht vom Eigenkapitalverzehr der Kommunen.

Ein Paradebeispiel dafür sind die Kosten für das Kinderbildungsgesetz – es darf nicht sein, dass die Elternanteile in den Städten so unterschiedlich sind, wie sie sind. Das Land muss sich endlich dazu bekennen, dass es für die Bildung der Kinder in Nordrhein-Westfalen zuständig ist.

Aber von allen Tiefpunkten der Gipfel kommt sozusagen jetzt:

Das Volk, so haben wir bei der letzten Bundestagswahl gelernt, hat irgendwie manchmal keine Lust vernünftig zu sein, wovon der Idealzustand einer demokratischen Grundordnung wohl ausgeht.

Wir mussten lernen, dass das Volk bestechlich ist – wie wir zu Hause auch, tut das Wahlvolk auch gerne das Unvernünftige, solange die, die davon einen Schaden haben, nicht wählen dürfen oder in der Minderheit sind.

Und so hat die Wahlvolkmehrheit beschlossen, jene Parteien zu wählen, die versprochen, das Geld der Enkel und Ungeborenen, das Geld derjenigen, die keine Lobby haben, unter den jetzt Erwachsenen zu verteilen.

„Wir versprechen Euch Steuersenkungen“, sagten die FDP und die CSU. dabei wussten sie, dass das Geld, das sie zu verteilen versprochen, erstens gar kein richtiges Geld war und zweitens ihnen gar nicht gehörte.

Das Volk wusste es auch und wählte trotzdem diese Parteien. Die Linken erregten sich darüber – versprochen dasselbe – sozusagen von den Enkeln ausgeliehene Geld - ihrer Klientel.

Nur der arme Finanzminister der SPD, der wahrheitsgemäß gesagt hat, was passieren würde vor dem Hintergrund einer nie dagewesenen Finanzkrise – der wurde nicht gewählt.

... und nun haben wir den Salat – angerichtet für einige wenige, versalzen und mit bitterem Vorgeschmack – sozusagen ungenießbar: **Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz.**

Allein um die Kosten des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes zu kompensieren, wäre ein Wirtschaftswachstum von 7 Prozent nötig – das ist reine Fiktion. Für die Kommunen in unserer Republik bedeutet das einen Einnahmeausfall von 1,6 Milliarden Euro pro Jahr.

Zusammen mit den vollzogenen und angekündigten Veränderungen bei der Einkommensbesteuerung werden weitere 4 Mia. Einnahmeausfall für die Kommunen dazu kommen.

Was das für Bergkamen und für unseren Haushalt bedeutet, kann man jetzt noch gar nicht absehen. Jeder, wirklich jeder weiß, dass die Steuergeschenke sich nicht selbst finanzieren werden. Sie sind nichts weiter als Raub an unseren Enkeln, ja schon an unseren Kindern – denn wir unterhalten uns ja gleich über das HSK und z.B. über die Elternbeiträge für Bildung in der Kindertagesstätte – eine ähnlich verlogene geführte Debatte auf kommunalpolitischer Ebene wie die sogenannten Steuersenkungen.

Das ist eine ähnlich beschränkte Haltung, wie desjenigen, der bei Feuersalarm im Hotelzimmer bleibt, um die Feuerwehr zu ärgern.

Klammheimlich hat es die CDU/FDP Landesregierung weiterhin geschafft die Kommunen in NRW seit 2005 um zusätzliche 1,9 Milliarden Euro durch Kürzungen, Mindereinnahmen und Mehrbeteiligungen zu belasten.

Da kann man noch so sehr rechnen – das bleibt unter dem Strich als dickes rotes Ausrufezeichen, selbst wenn man durchaus Mehraufwendungen des Landes dagegen rechnet.

Es bleibt dabei, Wohltaten des Landes für die Bürger zahlen die Bürgerinnen in den Kommunen. Im Bildungsbereich z.B. für KiBiz und JeKi. Für neue Fächer in Schulen – z.B. Englisch in der Grundschule oder für die Offene Ganztagsgrundschule.

Für letztere bleiben z.B. Aufwendungen von 280 000 Euro für 300 Kinder bei uns hängen – die eigentlich das Land zu finanzieren hätte.

Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, dass wir noch investieren können. Und auch hier darf ich darauf hinweisen, dass das passieren kann, weil wir ein genehmigungsfähiges HSK haben – beim Nothaushaltsrecht ginge das nicht!

In der Finanzplanung bis 2014 sind so immerhin Investitionen von rund 30 Mio. vorgesehen, darunter die weitere energetische Sanierung von Schulen, aber auch der Ausbau von Kindertagesstätten, Familienzentren und der Ausbau von Spielplätzen.

Besonders begrüßt die SPD Fraktion die Planungen zum Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Rünthe – eine gute Lösung für unsere professionell arbeitende freiwillige Feuerwehr und damit für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger

Wir sind weiterhin in der Lage, in das bestehende Rad- und Wanderwegenetz zu investieren. Die 100.000 Euro Invest im Investitionsplan tragen zu einer stetigen Verbesserung der Rad- und Wanderwegeverbindungen bei und sind gut angelegtes Geld für die Verwirklichung unseres Radwegekonzeptes. Ich rechne

damit, dass wir in Kürze in die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte aufgenommen werden – ein Ziel der Bergkamener SPD und ein wesentlicher Baustein zum Tourismuskonzept unserer Stadt.

Eine große Hilfe bei der Finanzierung dieser Investitionen ist das Konjunkturprogramm II. Ohne dieses von der SPD im Bund initiierte kommunale Investitionsprogramm wäre die Situation in den Kommunen noch schlimmer.

Weitere 24,3 Mio € bis 2014 aus dem Bereich des SEB sorgen dafür, dass Infrastruktur verbessert wird und der Mittelstand in der Region auch weiterhin mit Aufträgen aus Bergkamen rechnen kann.

Unabdingbare Voraussetzung für das Tätigen von Investitionen ist das Gestalten eines genehmigungsfähigen Haushalts sicherungskonzeptes – das ist wesentlicher Bestandteil dieses Doppelhaushaltes – ohne das wäre alles nichts!

Und so komme ich zu dem Stichwort unter dem die nächsten Jahre aller Voraussicht nach stehen; Verzicht! Verzicht! Verzicht! .. und **wir** sagen das **vor** dem 9. Mai, der Landtagswahl in NRW!

Das wird natürlich keine leichte Übung – wir reden da nicht drum herum und ganz ehrlich: So ein schönes üppiges Büfett mit allem Drum und Dran sozusagen, würden wir uns auch lieber schmecken lassen als aufgeräumte Schonkost.

Aber auch bei der Schonkost kann man immer einige Dinge finden, die man weiterhin gerne hätte.

So gehen wir an das Haushalts sicherungskonzept. Es schmerzt – aber es wird keine Infrastruktur zerschlagen, bei Gebühren und Beihilfen ist genau hingeguckt worden: wer sind die Nutzer und wer hat den Nutzen.

Vorweg das: Mit schmerzdem Magen aber mit der Einsicht, **dass es sein muss**, wagen wir uns an das HSK und tragen es mit einigen Anmerkungen mit.

Den Antrag der CDU, die „Kultur zu retten“ tragen wir mit der vorgeschlagenen etwas schlichten Gegenfinanzierung nicht mit. Zu sensibel und vielschichtig sind unsere Beteiligungen an GSW und Sparkasse. Beide stehen in einem immer härteren Wettbewerb und müssen massiv um Kunden werben. Gerade die Sparkasse benötigt die Überschüsse, um das Eigenkapital **nachhaltig** zu stärken, damit sie in unserer Region ihren Aufgaben als regional führendes Finanzunternehmen gerecht werden kann. Angesichts der Bedeutung der Sparkasse für viele Kunden haben wir als Kommune und Träger eine besondere Verantwortung. Dazu kommt die Einbindung in die Partnerkommunen Bönen und bei der GSW noch Kamen

Die im HSK vorgesehenen Erhöhung aus Beteiligungen von insgesamt 600 T Euro für die Jahre 2012 bis 2014 sind das Ende der Fahnenstange. Und auch hier muss zu gegebener Zeit hingeguckt werden, wie die Ergebnisverbesserung dargestellt werden kann.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass die Überschussabschöpfung bei allen Beteiligungen erst zum Schluss der Maßnahmen im Leitfaden des Erlasses des Innenministers steht.

So ist diese von der CDU und von BergAuf angeregte Maßnahme weder prüffähig noch sinnvoll.

Nun komme ich zu den beiden Maßnahmen, die durch das Kinderbildungsgesetz (KiBiZ) notwendig werden.

Gerade zu den Elternbeiträgen ist viel gesprochen, geschrieben und notwendigerweise auch schon beschlossen worden.

Trotzdem gestatten Sie mir an dieser Stelle noch einmal die Position der SPD-Fraktion deutlich zu machen.

Bei Einführung des Kinderbildungsgesetzes vor 2 Jahren **hat die SPD** im Rat der Stadt an vielen Stellen immer wieder darauf hingewiesen, dass dieses Gesetz massive Nachteile für das Personal und erhebliche Kosten auch für die betroffenen Eltern mit sich bringt. Das ist jetzt passiert vor allem in Städten mit vielen Eltern, die aufgrund ihres Einkommens gar keinen Elternanteil bezahlen können- dazu gehört Bergkamen.

Die Bergkamener CDU hat trotz massiver Proteste von Eltern und Erzieherinnen Herrn Minister Laschet und dem Gesetz Beifall geklatscht.

Dabei sind vor allem in den Jahren 2005 bis 2007 Ausgaben für frühkindliche Bildung und Betreuung in einem Gesamtvolumen landesweit von 47 Mio Euro gekürzt worden. Gleichzeitig wurden die Kommunen durch Umschichtungen immer wieder stark belastet.

Im Haushalt 2006 kürzte die Landesregierung NRW die Förderung der Betriebs- und Investitionskosten für Kindertagesstätten um 87,5 Mio. Euro. Dabei war auch die Kürzung des Elternbeitragsdefizitausgleichs ab dem 1. August 2006, sowie eine Kürzung bei den Betriebs- und Investitionskürzungen von 52,2, Mio. Euro.

Genau diese Positionen – von der CDU gekürzt – schlagen jetzt durch, wie von der SPD vorher gesagt.

Bei Beibehaltung dieser Ausgleichszahlungen für strukturell benachteiligte Städte brauchten wir uns heute **nicht** über Erhöhung von Elternanteilen an den Betriebskosten und auch nicht über Kürzungen von städtischen Zuschüssen an die nichtstädtischen Träger unterhalten.

Die Kindertagesstätten als Bildungseinrichtung auszubauen, ist nach Meinung der Bergkamener Sozialdemokraten richtig, ja gesellschaftlich unabdingbar. Das entspricht der Entwicklung unserer Gesellschaft und den Erkenntnissen moderner Bildungspolitik.

Die Bildungspolitik einschließlich der Entwicklung im Kindergartenbereich hat auch immer die SPD im Land an der gesellschaftlichen Weiterentwicklung ausgerichtet.

Das Kinderbildungsgesetz mit den entsprechenden Zahlungsverpflichtungen für Eltern und Städte und Gemeinden **ist dafür ungeeignet**. Genau das müssen protestierende Eltern wissen.

Den kostenfreien Kindergartenplatz gibt es nicht – es ist, wie in vielen anderen Bereichen, nur die Frage **wer** bezahlt: der Nutzer, sprich hier die Eltern oder der allgemeine Steuerzahler.

Die Bergkamener SPD ist nach wie vor der Meinung, dass die Entwicklung der Kindertagesstätten hin zur Bildungseinrichtung **zwingend** eine **neue** Art der Finanzierung notwendig macht.

Da für die Bildung das Land zuständig ist, muss das Land auch finanziell in die Pflicht genommen werden. Die Landes SPD hat dazu die Weichen gestellt mit einer entsprechenden seriösen Finanzierung.

Die gegenwärtige finanzielle Regelung des Landes sieht aber vor, dass neben den Elternbeiträgen auch Eigenanteile bei nichtstädtischen Kindergärten von den anderen Trägern aufzubringen sind.

Die Kirchen und Wohlfahrtsverbände haben sich im Gesetzgebungsverfahren zum KiBiz bereit erklärt, Eigenanteile von 12 % bzw. 9 % zu tragen.

In Bergkamen kommen sie dieser gesetzlichen Verpflichtung aber in diesem Umfang nicht nach, sondern die Stadt Bergkamen übernimmt und finanziert rund 370.000,00 € aus dem ohnehin defizitären städtischen Haushalt als freiwillige Leistung. Dazu kommt, dass die Elternbeiträge nicht, wie vom Land bei den Kostenberechnungen unterstellt, 19 %, sondern nach der jüngst beschlossenen Beitragssatzung 14,2 % ausmachen. Die Differenz in Höhe von 518.000,00 € wird zusätzlich freiwillig aus städtischen Mitteln finanziert.

Die SPD-Fraktion spricht sich dafür aus, dass

die in der Februarsitzung des Rates festgesetzte Elternbeitragsquote von 14,2 % als **Obergrenze festgeschrieben** und trotz aller weiter bestehenden Konsolidierungszwänge des städtischen Haushalts bis zum Ende der Finanzplanungsperiode 2014 nicht mehr erhöht wird,

der bisher an die nichtstädtischen Träger (Kirchen und AWO) gezahlte freiwillige Zuschuss **auch in 2010** in voller Höhe (370.000,00 €) gezahlt wird,

der Zuschussbetrag ab 2011 um 50.000,00 € und ab 2012 um 120.000,00 € reduziert wird. Damit soll eine angemessene, an den gesetzlichen Regelungen orientierte

Beteiligung der vorgenannten Träger erreicht werden.

Die SPD-Fraktion erwartet, dass nach heutiger Zustimmung des Rates das Jugendamt nach den notwendigen Abstimmungsgesprächen mit den Trägern nichtkommunaler Kindergärten einen abgestimmten fairen Vorschlag vorlegen wird. Schließlich, und das ist uns wichtig, haben sowohl die Kirchen als auch die Wohlfahrtsverbände dem KiBiz unter diesen Prämissen der prozentualen Eigenbeteiligung von 12 % bzw. 9 % zugestimmt. Durch die jetzt angestrebte Regelung wird es also trotz Haushaltssicherungskonzept nicht zu einem **völligen** Auskehren der freiwilligen Zuwendungen der Stadt an die vorgenannten Träger kommen.

Die Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplans ist auf zukünftigen Bedarf und Platzangebote der Träger abzustellen.

An der Konsolidierungsmaßnahme Ferienfahrten und Ferienaktionen des Jugendamtes begrüßt die SPD, dass im Jahr 2010/2011 – also für diesen Haushalt noch nicht gekürzt wird. Auch für die Folgejahre steht mit 50 T Euro immer noch ein dicker Batzen zur Verfügung.

Die Schließung von zwei Schulen als Punkt des HSK hat vielleicht auf den ersten Blick einige Brisanz. Aufgrund der demografischen Entwicklung allerdings sehen wir darin eine zwingend notwendige Maßnahme.

Ich denke der Schritt wird durchgeführt, so wie es im Bildungsbereich in Bergkamen üblich ist, im Einvernehmen aller Beteiligten unter Mitnahme der Eltern und im Dialog mit der zuständigen Schulaufsicht.

Unter dem Punkt „Organisationsänderung Schulschwimmen“ verbirgt sich, und das ist uns durchaus bewusst, auch das Schicksal des privaten Betreibers des Aktifit in Oberaden. Die SPD Fraktion weiß auch, dass das Aktifit für den Ortsteil Oberaden und für einige Bürgerinnen und Bürger eine große Bedeutung als Infrastruktureinrichtung im Bereich Gesundheit hat.

Trotzdem kann das Geld der Steuerzahler nicht unternehmerische Kreativität ersetzen und entgegen aller Vernunft und demografischer Erkenntnisse den Vertrag für die Schwimmhalle im Aktifit verlängern.

Wir sind überzeugt, dass diese jährlich eingesparten 168.000 Euro in diesem Fall zu einer Qualitätsverbesserung des Schwimmunterrichts der beteiligten Grundschulen im GSW-Hallenbad führen wird.

Unsere Kultur ist gewachsen wie ein kräftiger und viel gestalteter Mischwald. Er leistet seinen Beitrag zur lebensnotwendigen Frischluft.

Das hat Richard von Weizsäcker einmal gesagt. Er hat damit nicht Bergkamen gemeint –es könnte aber sein

Die HSK-Maßnahmen im Kulturbereich tragen wir grundsätzlich so mit, weil nämlich trotz schlimmer Haushaltslage, der „kräftig gewachsene Mischwald“ weiterhin

erhalten bleibt und nicht, wie z.B. von unserem Regierungspräsidenten indirekt gefordert, „ratzekeal“ platt gemacht wird.

Dass die Bluesnight aus dem städtischen Haushalt verschwindet, bedeutet nicht, dass sie ganz verschwinden muss.

Wir fordern unsere Kulturverwaltung auf, die im Haushalt **ab 2012!** eingestellten Einsparungen durch Sponsoring zu ersetzen und gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit Sponsoren auf der Grundlage eines neuen Konzepts zu entwickeln.

Die Kultursommerversammlungen sind in diese Überlegungen mit einzubeziehen.

Ich darf daran erinnern, dass wir das durchaus vergleichbar vor zwei Jahren mit der Landmarke erfolgreich gemacht haben.

Eine Einschränkung möchte ich noch im Bereich der Musikschule machen. Unter Punkt 22 des HSK steht die Erhöhung der Teilnehmerentgelte. Die SPD Fraktion spricht sich dafür aus, nicht zuerst bei den Kindern zu sparen, **sondern die Deckung ab 2012 größtmöglich aus dem Erwachsenenbereich zu erreichen.**

Ich mache schon an dieser Stelle deutlich, dass auch ab 2012 immer noch die Hälfte der Gebühren des Musikunterrichts der Steuerzahler übernimmt.

Eine Anmerkung noch zur Konsolidierungsmaßnahme 24. Hier stehen ab 2012 175.000 Euro als Einsparpotentiale bei den Betriebs- und Unterhaltungskosten für die Straßenbeleuchtung im HSK. Diese Maßnahme fordert unsere Fraktion schon seit Jahren durchzuführen. Ich weiß aus vielen Nachfragen, dass auch eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit den GSW existiert. Aber es muss endlich etwas dabei heraus kommen. Ich fordere die Beteiligten auf, diese Einsparpotentiale zu nutzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zusammenfassend möchte ich zum Stellenplan 2010/2011 aber auch zu den personalwirtschaftlichen Maßnahmen im Haushaltskonsolidierungskonzept Stellung nehmen.

Die Notwendigkeit, insbesondere auch im Personalbereich einzusparen, ist glaube ich, durch das von der Verwaltung vorgelegte Haushaltskonsolidierungskonzept und den Haushalt 2010/2011 überaus deutlich geworden.

Für die SPD-Fraktion sind naturgemäß Stundenreduzierungen bei Stellen oder sogar Stellenstreichungen keine erfreuliche Gegebenheit, sind damit nicht zuletzt meistens auch für den Bürger erkennbare Leistungskürzungen verbunden.

In dem uns jetzt vorgelegten Stellenplan und dem Haushaltskonsolidierungskonzept sind jedoch unseres Erachtens die Auswirkungen auf unsere Bevölkerung möglichst gering gehalten, obwohl die Einsparungen im

Haushalt 2010/2011 mit 300.000,00 EUR pro Jahr und im Haushaltskonsolidierungskonzept bis 2014 mit über 1,8 Mio. EUR erheblich sind.

Hier an dieser Stelle mein ausdrücklicher Dank an die Verwaltung, Einsparungsvorschläge unterbreitet zu haben, die auf der einen Seite die unbedingt notwendigen Mittel für eine Haushaltskonsolidierung bereitstellen, auf der anderen Seite aber Einschnitte für Bürgerinnen und Bürger vermeiden.

Dies wird insbesondere unterstrichen durch die Stellungnahmen des Personalrates zum Stellenplan bzw. Haushaltskonsolidierungskonzept.

Obwohl in beiden Fällen noch Gesprächsbedarf seitens des Personalrates besteht, wird der Stellenplan mitgetragen bezüglich des Haushaltskonsolidierungskonzeptes, und hier möchte ich wörtlich zitieren:

„...begrüßt der Personalrat die Initiative des Kämmers und des Bürgermeisters, ein Haushaltssicherungskonzept in dieser außergewöhnlichen Größenordnung aufzustellen, um ab 2014 wieder einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen zu können.

Der Personalrat der Stadt Bergkamen hält das Haushaltskonsolidierungskonzept im Bereich der personalwirtschaftlichen Maßnahmen für beispielgebend und konsolidierungsfördernd“ – Zitat ende.

Ich glaube, dem wäre nichts hinzuzufügen.

Wenn nicht die CDU-Fraktion sich bereits in der Presse gemeldet hätte, mit der Forderung, man solle nicht immer über Stelleneinsparungen auf Sachbearbeiterebene reden, sondern endlich auch über die Häuptlinge.

Ich weiß nicht, was die CDU in den letzten 20 Jahren von den durch unseren Bürgermeister Roland Schäfer zu verantwortenden Organisationsänderungen in der Stadtverwaltung mitbekommen hat.

Fakt ist, dass im Jahre 2000 die Dezernate von 5 auf 4 verringert wurden. 1990 war die Stadtverwaltung in 19 Ämter aufgeteilt, 2009 gibt es noch 13. Selbst wenn man die Eigenbetriebe EBB und SEB hinzuzählt, die aber nebenamtlich geführt werden, eine erhebliche Einsparung bei den von der CDU als „Häuptlinge“ bezeichneten Führungskräften.

Übrigens sind die v.g. Einsparungen genau wie die jetzt im Stellenplan bzw. Haushaltssicherungskonzept stehenden Maßnahmen ohne Entlassungen bzw. betriebsbedingte Kündigungen vorgenommen worden, und **nur dieses** ist mit der SPD-Fraktion zu machen.

Genauso werden wir in der Zukunft, wenn Führungskräfte ausscheiden, **gemeinsam** mit dem Bürgermeister über mögliche organisatorische Änderungen reden.

Und dies macht offensichtlich den Unterschied zur CDU-Fraktion aus -.

Die SPD-Fraktion wird den Stellenplan aber auch die personalwirtschaftlichen Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes mittragen.

Alles in allem ist die SPD-Fraktion der Meinung, dass man mit diesem Haushaltssicherungskonzept leben muss und leben kann.

Wir tun noch eine ganze Menge in den freiwilligen Bereichen.

Im Sportbereich verzichten wir beispielsweise auf Sportstättenbenutzungsgebühren und übernehmen Kosten für die Eishalle von 67.000 Euro und für die Nutzung des Hallenbades durch Vereine von 30.000 Euro. Für Nutzungen durch Vereine sind in GSW Einrichtungen insgesamt in 2009 100.000 Euro übernommen worden. Der Aufwand der Stadt Bergkamen zur Förderung des Sports allein für die Bereitstellung von Sportstätten Dritter betrug in 2009 über 117.000 Euro.

Wir wollen dieses auch in Zukunft aufrecht erhalten und honorieren damit die nicht nur im Sport enorm engagierte ehrenamtliche Arbeit zum Wohl insbesondere unserer Kinder und Jugendlichen.

Wir begrüßen, dass im kommenden Doppelhaushalt die 13.000 Euro für den öffentlichen Bereich in den Kleingärten enthalten sind, für die sich unsere Fraktion **vor** Aufstellung des Doppelhaushaltes stark gemacht hat. Wir brauchen da keine Sollbruchstelle, wie eine Zeitung geschrieben hat, wir sind ja nicht beim Theater, sondern das wird im Gespräch mit der Verwaltung entwickelt – und das ist gut so.

Die Kultur steht bei Aufstellung eines HSK immer im Focus. Zu finden sind hier kulturelle Veranstaltungen als auch z.T. mit Gebühren finanzierte kulturelle Bildung. Auch hier tun wir noch eine ganze Menge. So übernahmen wir noch 2009 für die Jugendkunstschule und die Musikschule insgesamt 300.000 Euro und das ohne Personalkosten.

Wir finanzieren noch Zuschüsse für die Selbsthilfegruppen, Zuschüsse für die Arbeit mit Senioren und von fast 20.000 Euro.

Neben den Zuschüssen für die Gruppen des Stadtjugendrings und für Ferienfahrten und Ferienaktionen von insgesamt 36.000 Euro finanzieren wir gerne die Streetwork Anlaufstelle „Anstoß“.

Wir leisten uns die Stadtbibliothek ebenso wie das Museum, wir feiern Hafenfest und Lichtermarkt, die im übrigen ohne Sponsoring durch GSW und Sparkasse nicht durchzuführen wären, und im Bereich der Bildung sind wir Spitze, was Ausstattung und baulicher Zustand, aber auch was die Bereitstellung von Mitteln für unsere Schulen betrifft.

Im Gegensatz zu diesen zum größten Teil freiwilligen Aufgaben ist eine unbedingte Pflichtaufgabe weiterhin die gute Ausstattung unserer **Freiwilligen Feuerwehr**, deshalb finden die investiven Maßnahmen von insgesamt 2,4 Mio. € die uneingeschränkte Zustimmung unserer Fraktion.

Das ehrenamtliche Engagement der Männer und Frauen der freiwilligen Feuerwehr, die unter Einsatz ihrer eigenen Gesundheit, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet, ist nicht hoch genug einzuschätzen.

In diesem Zusammenhang ist es das gute Recht der Feuerwehrekameradinnen und -kameraden eine den Anforderungen angemessene Ausstattung zu fordern. Hier spreche ich gewiss nicht von „goldenen Löffeln für den Kameradschaftsabend“. Auch der freiwilligen Feuerwehr, das weiß ich aus vielen Gesprächen mit der Wehrführung, ist die prekäre Haushaltslage der Stadt Bergkamen durchaus bewusst. Es ist für uns jedoch völlig selbstverständlich, eine materielle Ausstattung vorzuhalten, welche der Feuerwehr bei ihren teilweise lebensbedrohlichen Einsätzen die notwendige technische und zeitgemäße Unterstützung bietet.

Wir müssen aber feststellen, dass die Ansätze in vielen Buchungsstellen des Budgets nicht mehr ausreichend sind. Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, dass andere Anforderungen an Ausrüstung und Fortbildung immer mehr auch einen anderen Deckungsbedarf erfordern. Wir fordern die Verwaltung auf, die Ansätze so zu gestalten, dass es für unsere Feuerwehr auskömmlich und planbar ist.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger,

... es ist ja nicht so, dass es nicht noch schlimmer kommen kann. Dieser Haushalt und das Haushaltsicherungskonzept enthalten immer noch viele Unwägbarkeiten, **das** müssen wir den Bürgern sagen:

Wie entwickelt sich die Kreisumlage, was kostet uns Hartz IV, die abhängig ist von den Regelungen des Bundes, was macht aber vor allen Dingen die Zinsentwicklung bei den Kassenkrediten – die Zinsen sind niedrig z.Zt.. Bei einem Anstieg der Kassenkreditermächtigungen von 2003 auf 2010 von 20 Mio. auf 89 Mio., ist das ein Anstieg von 445%!!!

Gerade das ist ein Thema der vergangenen Tage. Und da ist es kein Trost, dass wir noch längst nicht auf dem Niveau anderer Revierstädte sind.

Die SPD-Fraktion wird sich nach wie vor ihrer Verantwortung stellen und auch in dieser schwierigen Finanzlage den Bürgerinnen und Bürgern sagen, was geht und was nicht geht, vor allem aber was es kostet und wer es bezahlen soll. Was wir auch sagen: schon jetzt ist klar, dass wir in NRW nach der Wahl am 9. Mai starke Einschnitte in das Sozialnetz erwarten können. Ein harter Sparkurs wird einsetzen – nur Union und FDP halten den Deckel drauf, in bewährter Manier – damit `s keiner merkt vor dem 9. Mai.!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen

Damit komme ich zu den **Anträgen der anderen Fraktionen.**

Ich denke es ist in meiner Rede deutlich differenziert dargestellt worden, weshalb wir dem **CDU Antrag** mit der doch sehr schlichten Gegenfinanzierung über die Sparkasse ablehnen werden.

Für die Anträge von BergAuf und der FDP würde ich doch dringend raten, dass wir damit demnächst in die Karnevalszeit gehen, damit man mit Narrhalla-Marsch und Tusch darüber wenigstens lachen kann. Ernst nehmen kann man diese Beiträge wenigstens nicht.

Beiden Anträgen der **FDP-Fraktion** können wir nicht zustimmen. Ich darf die Begründung kurz zusammenfassen: Seit über einem Jahr befassen wir uns mit einem Doppelhaushalt 2010/2011. Verwaltung und Kämmerei und auch Fraktionen haben seit Einbringung im Januar sich intensiv auch in Klausurtagungen damit beschäftigt. Druckwerke liegen vor und das HSK ist rund und ausgewogen, das wollen wir nicht zurückholen.

Unwägbarkeiten bleiben immer, da Jahresabschlüsse und genaue Zahlen für Schlüsselzuweisungen, Gewerbesteuerprognosen usw. nicht vorliegen können. Ein Haushaltsplan bleibt immer ein Plan – immer eine Prognose. Einsparpotentiale werden auch bei laufendem Haushaltsvollzug immer gesucht, das zeigen die Budget- und Produktberichte. Es ist der Politik unbenommen, da immer Vorschläge zu machen – auch ohne unabhängigen Gutachter – den wir im Übrigen auch bezahlen müssten.

Die Anträge von **BergAuf** zeigen, dass gerade diese Gruppe zu den „finanzpolitischen Geisterfahrern“ gehört. Ich spare mir und Ihnen wirklich die Zeit auf diesen Quatsch eingehen zu müssen – ich denke, das müssen wir uns gleich noch in aller Ausführlichkeit anhören.

Da wird einfach verlangt, die Gewinnabführung der Sparkasse auf 400.000 Euro pro Jahr ab dem Jahr 2010 anzuheben - mit einer Leichtigkeit des Seins ohne den Schwermut des Wissens im Hintergrund zu haben. Ich denke, Sie betrachten die Sparkasse als eine Art Volkseigener Betrieb, an dem man sich so einfach bedienen kann. Aber das ist in der DDR schon grundlegend schief gelaufen.

Ich erlaube mir, zum Schluss dieses Teils aus einem Antrag von BergAuf zu zitieren. Da heißt es zum Thema „Hundesteuer“ in der Begründung wörtlich: „Antrag spricht für sich!“ Ich kann nur sagen: Das stimmt! **Diese** Anträge sprechen für sich - wir werden sie alle ablehnen.

Der Antrag „**Grüne GAL**“ kam spät - zu spät - wir konnten in der Fraktion uns damit nicht mehr intensiv befassen. Allerdings scheint mir, dass gerade das Suchen nach weiteren Einspar-Potenzialen im Energiesektor ein wichtiges Thema ist. Es ist auch dazu geeignet, Maßnahmen zu benennen, die neben dauerhaften Einsparungen auch Vorteile für die Umwelt beinhalten. Das haben viele Maßnahmen gezeigt, die wir ja schon gemeinsam in der Vergangenheit auf den Weg gebracht haben und die der Energiebericht ja auch benennt. Ich erinnere

da nur an die umfangreichen Maßnahmen, die mit dem Konjunkturprogramm II verwirklicht werden.

Deshalb regen wir an, dass sich nach Beratung im Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr der Rat noch einmal des Themas annimmt.

Die Finanzierung eines externen Gutachters, eingestellt in den Haushalt, lehnen wir zum jetzigen Zeitpunkt ab, da wir davon ausgehen, dass die genannten 20.000 Euro nicht ausreichen werden, wenn man so ein Gutachten erstellen will.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer

An vielen Stellen hat man den Eindruck, dass Haushalten die Zusammenfassung der 4 Grundrechenarten mit den 10 Geboten ist. Wir müssen rechnen, glauben und hoffen – und **bei der Wahrheit bleiben**.

Herr BM , liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne

Zum Schluss lassen Sie mich der Verwaltung meinen ausdrücklichen Dank sagen. Ich sage nicht nur ein Dankeschön für dieses Zahlenwerk, sondern auch für die Ideen, die dahinter stecken und für die Aufnahme von Ideen unserer Fraktion, die wir wiederfinden auch in diesem Haushaltsplan.

Für die SPD-Fraktion darf ich dem Kämmerer und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der gesamten Verwaltung, den großen Dank aussprechen für die qualifizierte Arbeit, die Sie uns vorgelegt haben.

Sie haben - wie schon 2008 - versucht, uns mitzunehmen auf einen Weg durch den Haushalt, der uns noch Entscheidungen lässt.

Die SPD-Fraktion wird dem Doppelhaushalt 2010/ 2011 mit dem dazugehörigen Haushalts sicherungskonzept dem Arbeitsverteilungs- und Stellenplan und den anderen Anlagen zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!